

Patrick Wielowiejski

„If the law does not work, why should it rule?“

Verlag Barbara Budrich

Opladen • Berlin • Toronto 2025

Der Aufsatz „*If the law does not work, why should it rule?*“ von Patrick Wielowiejski steht unter der Creative Commons Lizenz Attribution- Namensnennung 4.0 International (CC BY 4.0): <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Diese Lizenz erlaubt die Verbreitung, Speicherung, Vervielfältigung und Bearbeitung unter Angabe der Urheber*innen, Rechte, Änderungen und verwendeten Lizenz.

Der Aufsatz ist erschienen in:

Forschungsgruppe „Recht – Geschlecht – Kollektivität“ (Hrsg.) (2025): *Recht umkämpft. Feministische Perspektiven auf ein neues Gemeinsames*. Opladen: Verlag Barbara Budrich.



Dieser Beitrag steht im Open-Access-Bereich der Verlagsseite zum kostenlosen Download bereit (<https://doi.org/10.3224/84743101.10>).

ISBN 978-3-8474-3101-5

DOI 10.3224/84743101.10

„If the law does not work, why should it rule?“

Der Topos der Krise der Rechtsstaatlichkeit in Polen aus der Perspektive zivilgesellschaftlicher Akteur*innen

Patrick Wielowiejski

Zusammenfassung: Auf der Grundlage von Interviews mit zivilgesellschaftlichen polnischen Akteur*innen geht dieser Beitrag der Frage nach, welche Rolle das allgemeine Gut der Rechtsstaatlichkeit in gegenwärtigen politischen Auseinandersetzungen in Polen spielt. Die Bandbreite der zirkulierenden Narrative macht dabei deutlich, dass es zu kurz greift, diese Debatten lediglich als einen polarisierten Kampf zwischen autoritären Illiberalen und liberalen Demokrat*innen zu verstehen. Dabei spielt soziale Gerechtigkeit als neues Gemeinsames eine wichtige Rolle, das sich mal mehr, mal weniger auf die Idee der Rechtsstaatlichkeit stützt.

Schlüsselbegriffe: Rechtsstaatlichkeit, soziale Gerechtigkeit, Menschenrechte, reproduktive Rechte, LGBT-Rechte, Polarisierung, Rechtspopulismus

1 Einleitung

Nachdem die äußerst rechte Partei *Prawo i Sprawiedliwość* („Recht und Gerechtigkeit“, kurz PiS) 2015 in Polen an die Macht gekommen war, begann sie unmittelbar nach den Wahlen damit, die Justiz unter ihre Kontrolle zu bringen. Unter anderem besetzte sie das komplette Verfassungsgericht mit neuen, ihr nahestehenden Richter*innen, machte den Justizminister zugleich zum Generalstaatsanwalt, ermöglichte es dem Parlament, die Nominierung von Richter*innen zu beeinflussen, indem sie die Regeln zur Ernennung von Mitgliedern des Landesjustizrats¹ änderte, und führte Disziplinarmaßnahmen für Richter*innen ein, die gegen den Umbau der Justiz protestierten (Bodnar 2018; Duncan/Macy 2020).

1 Der Landesjustizrat (*Krajowa Rada Sądownictwa*) überwacht in Polen die Unabhängigkeit der Justiz und ist u. a. für die Ernennung von Richter*innen zuständig. Während er vor den Reformen mehrheitlich mit Richter*innen besetzt war, wurde die Mehrzahl seiner Mitglieder seit 2018 vom Parlament ernannt (Duncan/Macy 2020: 42). Ähnliche Organe existieren in zahlreichen europäischen Ländern.

In Europa wie in Polen macht seither das Schlagwort von der Krise der Rechtsstaatlichkeit die Runde.

Im Vorfeld der Parlamentswahlen im Oktober 2023 war jedoch auffällig, dass das Thema der Rechtsstaatlichkeit im Wahlkampf eine lediglich untergeordnete Rolle spielte. Die Parteien der demokratischen Opposition waren sich zwar darin einig, dass die PiS abgelöst werden müsse. Im Zentrum des Wahlkampfes standen aber eher Themen wie Inflation und Mindestlohn, das Verhältnis zur Europäischen Union (EU) sowie das Abtreibungsrecht. Von Rechtsstaatlichkeit (*praworządność*) war dagegen eher am Rande die Rede. Wie lässt sich diese relative Irrelevanz des Themas im Wahlkampf erklären? Immerhin hieß es unisono, bei dieser Wahl gehe es ums Ganze: Wenn es der PiS gelänge, eine dritte Legislaturperiode in Folge an der Macht zu bleiben, dann würde die „Autokratisierung Polens“ vollendet (Majcherek 2023: 6).

Um diese Frage zu beantworten, suchte ich das Gespräch mit oppositionellen polnischen Politiker*innen, Politikberater*innen und Mitarbeiter*innen von Thinktanks und Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Unter ihnen bestand keineswegs Einigkeit darüber, dass die Problematik der Rechtsstaatlichkeit oberste Priorität haben solle und dass die Opposition in dieser Hinsicht geeint auftreten müsse. Mehr noch, die ‚Krise der Rechtsstaatlichkeit‘ erschien in manchen meiner Gespräche als ein liberaler westlicher Topos, als eine situierte Art und Weise, den politischen Konflikt in Polen zu erzählen. Was unter Rechtsstaatlichkeit zu verstehen ist, wem sie nützt und ob sie im Wahlkampf mobilisiert werden sollte, welche Assoziationen und Konnotationen die Rede von der Rechtsstaatlichkeit hervorruft, welche Dilemmata mit ihr verbunden sind und welche anderen politischen Konflikte sie möglicherweise überlagert – all das war umstrittener, als ich erwartet hatte.

In diesem Beitrag zeichne ich deswegen nach, welche Rolle Rechtsstaatlichkeit in gegenwärtigen politischen Kämpfen in Polen spielt. Ich liefere keine Einschätzung über den objektiven Zustand der Rechtsstaatlichkeit in Polen und keine Chronologie ihrer ‚Krise‘; vielmehr hinterfrage ich diesen Topos und beschreibe, auf welche Arten und Weisen die Rede von der Rechtsstaatlichkeit von polnischen Expert*innen und Politiker*innen adressiert wird. Dabei geht es mir darum, eine Bandbreite von möglichen Narrativen aufzuzeigen, die auf der konkreten, auch historischen Erfahrung der polnischen Transformation vom Realsozialismus zum liberaldemokratischen Kapitalismus basieren (Peters 2023) und „eine scheinbar klare Unterscheidung von ‚Freunden und Feinden des Rechtsstaats‘“ (Pichl 2023: 10) infrage stellen. Insbesondere wird deutlich, dass und wie das vermeintlich Allgemeine der Rechtsstaatlichkeit umkämpft sein kann, und zwar nicht nur in einem manichäischen Sinne – Angriff und Verteidigung, Abbau und Wiederherstellung –, sondern auch innerhalb des ‚demokratischen‘ Lagers, das konservative und liberale ebenso wie linke Kräfte umfasst. Ein neues Gemeinsames, das „neue Lösungen angesichts der Uneingelöstheit des bloß abstrakten Universalitätsanspruchs“ (Hark et al. 2015: 101) der Rechtsstaat-

lichkeit anbieten könnte, scheint in diesen Erzählungen eher zwischen den Zeilen durch – als Vision sozialer Gerechtigkeit.

Ich betrachte *Recht* im Folgenden also als eine machtvolle Arena politischer Kämpfe um Hegemonie (Pichl 2021), weshalb es in meinem Beitrag auch nicht schlicht um ‚Recht‘, sondern immer um „das ‚soziale Leben‘ von Recht“ (Binder 2021: 207) geht. Damit ist auch die Dimension der *Kollektivität* angesprochen, denn in diesen Kämpfen geht es immer auch um die Frage, wer eigentlich das ‚Wir‘ ist, in dessen Namen Politik gemacht wird. *Geschlecht* wird schließlich vor allem relevant, wenn es um den Stellenwert von Rechtsstaatlichkeit für Grund- und Menschenrechte geht (Baer 2021). In meinen Gesprächen waren Geschlechterthemen diejenigen, die die materielle Bedeutung von Rechtsstaatlichkeit paradigmatisch verdeutlichen konnten, allen voran der Kampf um das Recht auf Abtreibung. Das Thema Abtreibung war unabhängig vom Geschlecht meiner Gesprächspartner*innen, von denen sieben Männer und zwei Frauen waren, bedeutsam.

Nach einer Einführung in den Kontext der polnischen Parlamentswahlen 2023 und der Strategie der Opposition (2) gehe ich in den darauffolgenden Abschnitten auf zwei kontrastierende Dimensionen des politischen Diskurses über Rechtsstaatlichkeit ein, die ich aus den Erzählungen meiner Gesprächspartner*innen herausgearbeitet habe und die in einem dialektischen Spannungsverhältnis zueinander stehen. Zunächst wende ich mich den Kritiken an Rechtsstaatlichkeit zu, die insbesondere das Verhältnis von Rechtsstaatlichkeit und sozialer Ungleichheit beziehungsweise Gerechtigkeit problematisieren (3). Danach setze ich mich mit jenen Stimmen auseinander, die der Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit eine hohe politische Priorität zuweisen, mit dem Argument, dass sie Voraussetzung dafür ist, Grund- und Menschenrechte durchsetzen zu können (4). Im Fazit komme ich auf die Dialektik von Recht und Gerechtigkeit zurück und setze sie ins Verhältnis zu den gegenwärtigen Kämpfen um Hegemonie.

2 Parlamentswahlen in Polen im Herbst 2023 und die Strategie der Opposition

Am 15. Oktober 2023 fanden in Polen Parlamentswahlen statt. Gewählt wurden beide Kammern der Legislative: der Sejm und der Senat. In Letzterem hatte die Opposition schon vor den Wahlen eine Mehrheit inne. Für diese Wahlen hatte sie sich ebenso wie in den Wahlen davor auf einen ‚Senatspakt‘ geeinigt: Pro Wahlkreis (insgesamt 100) trat nur ein*e Kandidat*in für die Opposition an, was es aufgrund des Mehrheitswahlrechts für den Senat relativ einfach machte, auch in der neuen Legislaturperiode die Mehrheit im Senat zu erlangen. Da dem Senat im politischen System Polens jedoch eine eher beratende Funktion zukommt, konzentrierte sich die politische Aufmerksamkeit vor allem auf die Verhältnisse im Sejm, dessen 460 Abgeordnete per Verhältniswahl in 41 Wahlkreisen gewählt wurden (Sendhardt 2023).

Die populistische radikal rechte PiS beziehungsweise die von ihr dominierte Regierungskoalition *Zjednoczona Prawica* (‚Vereinigte Rechte‘), der unter anderem auch die Partei *Solidarna Polska* (‚Solidarisches Polen‘, heute *Suwerenna Polska*, ‚Souveränes Polen‘) des damaligen Justizministers Zbigniew Ziobro und weitere Kleinparteien angehörten, stellte vor den Wahlen eine knappe absolute Mehrheit im Sejm. Sie hatte seit ihrem Regierungsantritt 2015 zahlreiche illiberale² Reformen durchgeführt, unter anderem im Bereich der Justiz, aber auch populäre sozialpolitische Maßnahmen wie das Kindergeldprogramm „500+“ umgesetzt, das vor allem Familien mit geringen Einkommen entlastet. Sie wurde zudem von der in Polen einflussreichen katholischen Kirche unterstützt und dominierte den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Anders als die *Fidesz* in Ungarn verfügte sie allerdings nie über eine qualifizierte Mehrheit, um die Verfassung eigenständig ändern zu können.

Die demokratische Opposition hatte sich in drei getrennten Wahlbündnissen formiert. Obwohl lange umstritten war, ob die Opposition geeint oder mit getrennten Listen antreten sollte – beziehungsweise mit wie vielen Listen und wie diese zusammengesetzt sein sollten –, konnte sie zusammengenommen die absolute Mehrheit der Stimmen auf sich vereinen und so die Regierungszeit der PiS beenden. Seit dem 12. Dezember 2023 bilden die Parteien der drei oppositionellen Wahlbündnisse die neue Regierungskoalition mit Donald Tusk als Ministerpräsidenten an der Spitze. Die größte Partei innerhalb der neuen Regierungskoalition ist die liberale *Platforma Obywatelska* (‚Bürgerplattform‘, PO), die das Wahlbündnis *Koalicja Obywatelska* (‚Bürgerkoalition‘, KO) anführte, zu der außerdem noch andere (neo-)liberale und grüne Parteien gehörten und die nun eine gemeinsame Fraktion im Sejm bilden. Die Linke besteht vor allem aus der Partei *Nowa Lewica* (‚Neue Linke‘), die ihrerseits ein Bündnis unter anderem der Nachfolgepartei der in der Volksrepublik regierenden marxistisch-leninistischen Partei ist, und der progressiven und demokratisch-sozialistischen, von jungen Intellektuellen dominierten Partei *Razem* (‚Gemeinsam‘). Neben KO und der *Nowa Lewica* trat ein drittes demokratisch-oppositionelles Wahlbündnis mit dem Namen *Trzecia Droga* (‚Der dritte Weg‘) in die neue Regierung ein. Dieses Bündnis setzte sich aus zwei Parteien zusammen, die dem konservativ-christdemokratischen bis zentristisch-bäuerlichen Spektrum angehören: die neu gegründete Partei *Polska 2050* (‚Polen 2050‘) des Fernsehmoderators Szymon Hołownia sowie die etablierte *Polskie Stronnictwo Ludowe* (‚Polnische Volkspartei‘ oder ‚Polnische Bauernpartei‘, PSL). Mit dem Narrativ des ‚dritten Weges‘ war eine Alternative zur Polarisierung zwischen PO und PiS gemeint.

2 Es besteht kein wissenschaftlicher Konsens über die Definition des Begriffs Illiberalismus. Ich verwende ihn hier im Sinne eines Demokratieverständnisses, das sich auf die Kerngedanken von Volkssouveränität und Mehrheitsprinzip beschränkt, die liberale Demokratie (Gewaltenteilung, Minderheitenschutz, Rechtsstaatlichkeit) aber ablehnt.

Die PiS ist jedoch nach wie vor stärkste Partei im Sejm, und die Regierungskoalition besteht aus politisch sehr unterschiedlich orientierten Parteien, die sich zwar nach der Wahl rasch auf einen Koalitionsvertrag einigen konnten, die aber außer ihrem Bekenntnis zur liberalen Demokratie wenig verbindet. Zudem werden Gesetzesänderungen dadurch erschwert, dass der Präsident Andrzej Duda, der der PiS nahesteht und über ein Vetorecht verfügt, noch bis 2025 im Amt ist.

Meine Gesprächspartner*innen waren sich überwiegend einig darin, dass Rechtsstaatlichkeit kein präsent Thema im Wahlkampf war. Eine zentrale, immer wieder auch in der Presse und in wissenschaftlichen Analysen auftauchende Begründung dafür lautet, Rechtsstaatlichkeit sei ein zu ‚abstraktes‘, zu kompliziertes Thema, um mobilisierungsfähig zu sein. Exemplarisch kann hierfür ein Auszug aus dem Interview mit Jan Muszyński³ stehen, der selbst Jurist ist und für die politische Stiftung der Partei Polska 2050 Expertisen zum deutschen und polnischen Verfassungsrecht erarbeitet hat:

„Aber im Alltag, wenn wir jetzt die Leute hier in der Straße fragen würden, dann würden sie sagen: Ja, was habe ich von der richterlichen Unabhängigkeit? Mir ist wichtig mein Job, mir ist wichtig meine Familie, mir ist wichtig, dass es sicher in der Stadt ist, dass es zu keinen großen Verbrechen kommt und so weiter und so fort, dass ich komfortabel und gut lebe. Und das Gericht? Naja, ich war einmal im Leben im Gericht, und das war nicht schön, aber egal (lacht). Man geht ja auch zum Zahnarzt, da ist es auch nicht schön, aber naja, man muss gehen.“

In diesem Narrativ wird Rechtsstaatlichkeit aus der Perspektive der ‚einfachen Menschen‘ als eine Frage behandelt, bei der es (nur) um das Justizwesen geht; das dieses im gewöhnlichen Alltag keine große Rolle spiele, sei auch das Funktionieren der Rechtsstaatlichkeit kaum bedeutsam. Demgegenüber gibt es jedoch auch andere Assoziationen mit Rechtsstaatlichkeit, die die Justizreformen der PiS pars pro toto mit einem fundamentalen Angriff auf die Verfassung und damit auf die Demokratie in Verbindung bringen. Die illiberalen Reformen des Justizwesens werden hier unabhängig von den Details als paradigmatisches Instrument einer autoritären Regierung betrachtet und häufig im selben Atemzug mit der Politisierung der öffentlich-rechtlichen Medien genannt. Bei Franek Machowski, einem ehemaligen Vorstandsmitglied der Berliner Gruppe von Razem, klingt das so:

„[Die Rechtsstaatlichkeit] ist das wichtigste Thema. Die Medien würde ich als zweites wichtigstes Thema dazugeben. Das, was PiS mit den zwei

3 Sämtliche meiner Gesprächspartner*innen entschieden sich gegen eine Pseudonymisierung und werden deswegen mit Klarnamen zitiert. Interviews wurden teilweise auf Deutsch und teilweise auf Englisch geführt und werden hier in der jeweiligen Originalsprache und geglättet wiedergegeben. Offensichtliche grammatikalische Fehler wurden korrigiert.

Sachen gemacht hat – die Medien und die Gerichte total abhängig von der Politik zu machen –, das sind die krassesten Anzeichen von einer fortschreitenden Autokratie. Das kann man einfach nicht zulassen in einem Staat, der demokratisch bleiben will und die Demokratie aufrechterhalten will.“

Im Laufe meiner Gespräche wurde mir klar, dass in Polen über das Thema Rechtsstaatlichkeit ein komplexer Konflikt ausgehandelt wird, den politische Eliten jedoch polarisieren und populistisch aufladen. Während die liberale Lesart diesen Konflikt auf den autoritär-illiberalen Abbau von demokratischen Institutionen und Freiheitsrechten reduziert, erscheint er im rechtspopulistischen Diskurs der PiS als ein Kampf zwischen den ‚einfachen Leuten‘ und der elitären ‚Juristokratie‘ (*sędziokracja*), der Herrschaft der Richter*innen (Grabowska-Moroz/Śniadach 2021: 59). Eine solche Polarisierung verstellt den dialektisch-kritischen Blick auf Recht als ermöglichend und einschränkend zugleich, wie ihn auch die DFG-Forschungsgruppe „Recht – Geschlecht – Kollektivität“ ihrer Arbeit zugrunde legt (Binder 2021: 207). Auch meine Gesprächspartner*innen verfügen über diesen kritischen Blick, und sie manövrieren die Ambivalenz des Rechts in ihrer alltäglichen Arbeit. Im Folgenden gehe ich deshalb ausführlich auf ihre Perspektiven ein.

3 Soziale Gerechtigkeit

Von Beginn an wurden die Justizreformen der PiS von massiven gesellschaftlichen Protesten begleitet (Fomina/Kucharczyk 2016: 63f.). Manche meiner Gesprächspartner*innen kritisierten ein ihrer Meinung nach verkürztes Demokratieverständnis, das sich in diesen Protesten ausdrücke. Laut Maciej Nowicki, dem Leiter der *Helsinki-Stiftung für Menschenrechte*, einer der wichtigsten polnischen Menschenrechtsorganisationen, beriefen sich die Demonstrierenden auf Artikel 2 der Verfassung: „Die Republik Polen ist ein demokratischer Rechtsstaat, der die Grundsätze gesellschaftlicher Gerechtigkeit verwirklicht.“⁴ Aber diese Grundsätze seien vernachlässigt und der Artikel auf den ersten Teil des Satzes reduziert worden:

„During these protests against the subjugation of the courts, this article that I’ve mentioned, Article 2 of the Constitution, was very much invoked and read. But very tellingly only the first part of it. [...] And really there was a lot of talk how to better communicate about the rule of law. I believe this

4 Vgl. <https://www.sejm.gov.pl/prawo/konst/niemiecki/kon1.htm> [Zugriff: 01.10.2024]. Im polnischen Original ist von *sprawiedliwość społeczna* die Rede, was sich sowohl mit gesellschaftlicher als auch mit sozialer Gerechtigkeit übersetzen lässt. Ich bevorzuge im Folgenden die Übersetzung als soziale Gerechtigkeit.

is a wrong question because people do not care in their masses for the rule of law, because they never felt that law works for them. And so, if law does not work for them, why should it rule? And this is really about, you know, the quality of the law and social justice, actually.“

Nowicki spricht hier das Thema der Qualität des Rechts an und damit die Frage, inwiefern das Recht sein Versprechen einlöst, soziale Gerechtigkeit herzustellen. Denn wenn es dies nicht tue, sei den Leuten die Rechtsstaatlichkeit gleichgültig. Allzu oft, so klingt es bei Nowicki an, werde soziale Gerechtigkeit durch einen zu engen Fokus auf den Topos der Rechtsstaatlichkeit vernachlässigt. Um diesen Zusammenhang wird es in diesem Abschnitt gehen.

Schon vor den Justizreformen der PiS und den Protesten dagegen ist soziale Gerechtigkeit in den Augen einiger meiner Gesprächspartner*innen vernachlässigt worden. Adam Ploszka, ein weiterer meiner Gesprächspartner*innen und Jurist bei *Amnesty International* Polen, war der Ansicht, dass das Verfassungs-tribunal im Allgemeinen nicht besonders aktiv darin sei, die wirtschaftlichen und sozialen Rechte⁵ zu verteidigen, die die polnische Verfassung garantiert:

„We do have a broad catalogue of economic and social rights in the constitution, and actually, the Constitutional Tribunal was not very active for many years in the protection of economic and social rights. My explanation, or at least that’s what stems from my research, is that the judges were trained in this neoliberal paradigm, so that they do not perceive social and economic rights as something that they should engage in, that are subjective rights that the individual can claim, but rather as a kind of programmatic norm that should steer the whole government to be more engaged in social rights protection.“

Die PiS, so die Meinung mehrerer meiner Gesprächspartner*innen, habe dagegen erkannt, wie wichtig sowohl ökonomische als auch symbolische Umverteilung zugunsten der armutsbetroffenen und prekarierten Bevölkerung insbesondere außerhalb der Großstädte ist, und mit ihren populären Sozialreformen wie dem Kindergeldprogramm „500+“ die Wahlen 2015 und 2019 gewonnen. Adam Traczyk leitet die NGO *More in Common* in Polen, die sich unter anderem mit gesellschaftlichem Zusammenhalt beschäftigt und dazu empirische Sozialforschungsprojekte durchführt. Er schreibt trotz seiner politischen Verortung als, wie er sagt, „Ampelmann, also [...] grün-liberaler Sozialdemokrat“, den Maßnahmen der PiS-Regierung einen demokratisierenden Effekt zu:

5 Unter wirtschaftlichen und sozialen Rechten werden z. B. die Rechte auf Arbeit, einen angemessenen Lebensstandard, ärztliche Versorgung und Wohnen begriffen. Im UN-Sozialpakt von 1966 sind diese Rechte als „wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte“ kodifiziert. Völkerrechtlich stehen sie mit den bürgerlichen und politischen Rechten auf einer Stufe.

„Die PiS-Partei hat [...] dadurch, dass man die ökonomische Umverteilung vorangetrieben hat, auch neue Wählerschichten für die Demokratie oder neue Bürger für die Demokratie gewonnen [...]. Also Leute, die sich früher ein bisschen ausgegrenzt gefühlt haben, also dass die Politik ihre Interessen nicht vertritt, jetzt für die Demokratie gewonnen. Also, alles klar: Es gibt Leute, [...] die meine Interessen vertreten. Vielleicht sind sie aus ebendieser rechtsstaatlichen Perspektive heraus nicht unbedingt die besten, aber die liefern, was sie versprechen. Und das ist natürlich auch Demokratie irgendwie, dass man das tut als Politiker, was man verspricht, dass man das Leben der Menschen einfach in diesem ökonomischen Sinne besser macht oder leichter macht. Und ich glaube, das ist auch für das liberale Lager eine wichtige Erkenntnis, dass man die Politik so ein bisschen anders gestalten muss. Dass man eben auch über Demokratie ein bisschen holistischer in diesem Sinne denken muss. Also dass man die Demokratie nicht reduzieren kann auf die Frage, sind die Verfassungsrichter jetzt rechtmäßig ernannt oder nicht? Das ist einfach zu wenig, wenn man über Demokratie nachdenkt.“

Dieser Interpretation zufolge sind ökonomische Sicherheit und ein gutes Leben ein ebenso wichtiges Element der Demokratie wie Rechtsstaatlichkeit. Traczyk versetzt sich im Interview in eine Person hinein, die sich durch die PiS angesprochen und wahrgenommen fühlt („Also, alles klar: Es gibt Leute, die meine Interessen vertreten“) und suggeriert, diese Person sei nicht unbedingt dafür, den Rechtsstaat abzubauen, aber sie nehme das aus pragmatischen Gründen in Kauf („Vielleicht sind sie aus ebendieser rechtsstaatlichen Perspektive heraus nicht unbedingt die besten, aber die liefern, was sie versprechen“). Ähnlich argumentierte Karolina Gierdal, Rechtsanwältin bei der LGBT-Organisation *Lambda Warszawa* und Mitglied eines anarchistischen Kollektivs, das Aktivist*innen bei staatlicher Repression und in Strafverfahren unterstützt. Oppositionelle Politiker*innen, so Gierdal, hätten schlicht nicht verstanden, warum sie die Wahlen 2019 verloren und 2023 gewannen, weil sie sich nicht in Menschen hineinversetzen könnten, für die das Kindergeld von 500 Złoty einen großen Unterschied mache: „Maybe the independence of the court doesn't really matter to them because it's so far away, and they need this money. For you it may be nothing. But here it changes so much.“

Es geht den Argumentationen in meinen Interviews zufolge dabei nicht bloß um eine Priorisierung unterschiedlicher politischer Ziele. Sie artikulieren auch eine tief liegende Skepsis gegenüber der Justiz, die zumindest teilweise auf reale Erfahrungen mit ihr zurückgeht. Selbst jene meiner Gesprächspartner*innen, denen die Rechtsstaatlichkeit persönlich wichtig ist (wie Traczyk), können diesen Zusammenhang nachvollziehen. Manche berichten von einer regelrechten Aversion gegen die Justiz, die dazu führe, dass Rechtsstaatlichkeit nicht als wichtig angesehen werde. Maciej Nowicki kritisiert die Vorstellung mancher politi-

scher Akteur*innen, dass man besser und mehr über Rechtsstaatlichkeit kommunizieren müsse, um die Leute von deren Wichtigkeit zu überzeugen. Denn – wie oben bereits zitiert – es gebe schlicht kein Vertrauen in die Justiz: „People do not care in their masses for the rule of law because they never felt that the law works for them. And so, if the law does not work for them, why should it rule?“ Adam Traczyk beschreibt diese Problematik ausführlich:

„Als Otto Normalverbraucher in Polen hast du keinen Grund, dem Justizsystem zu vertrauen. Nicht nur jetzt, auch vor 2015 [als die PiS an die Macht kam; P.W.]. Und ich meine: Warum solltest du? Weil du sowieso in extrem wenigen Fällen Gerechtigkeit erfährst. [...] Es hat nie das Gefühl von Gerechtigkeit geliefert. Auch weil die Verfahren sich über Jahre hingezogen haben und du das Gefühl hast, alles klar, es ist vor acht Jahren passiert und jetzt bekomme ich eine Entschädigung von irgendwas. Aber das ist nichts mehr wert, weil es eben durch die Inflation – also es ist einfach vorbei. Und das hat man in Polen, weil das System einfach so ineffektiv war und immer noch ist. Ich habe zum Beispiel eine Sache am Gericht laufen, die vor drei Jahren angefangen hat. Hatte nicht mal eine Sitzung. Und dann denkst du eher: Alles klar, wie lange soll das noch dauern? Das dauert jetzt entsprechend noch ein bisschen länger als vor 2015, weil das System noch ineffektiver geworden ist, noch chaotischer geworden ist, mit dieser Regierung. Aber es gab in diesem Sinne für viele Leute keinen Grund, auf die Straße zu gehen, weil es einfach zu abstrakt war: Wir müssen für die Richter jetzt einstehen, weil die Richter jetzt unter Beschuss sind. Ja gut, für die Linksliberalen, die in den Großstädten, war das so: Ja gut, da muss man auf die Straße, weil das einfach für unsere Werte wichtig ist, für unsere eigene Wahrnehmung. Aber für die meisten Menschen war das so: Ja, warum denn? Haben die Richter jemals was Gutes für uns getan? Haben die Richter jemals sich für normale Leute wie uns eingesetzt? Oder waren sie eher auf der Seite der Reichen, der Mächtigen, der Wohlhabenden oder waren einfach ineffektiv oder haben uns die Gerechtigkeit nicht geliefert, die wir verlangt haben?“

Traczyk spricht hier das Thema der Zugänglichkeit der Justiz an und betont die mangelnde Effizienz des Justizwesens in Polen – eine weitverbreitete Kritik (Winczorek/Muszyński 2022). Zudem bedient Traczyk das Narrativ der Polarisierung – auf der einen Seite „die Linksliberalen [...] in den Großstädten“, auf der anderen Seite „normale Leute“ –, wodurch das Problem der mangelnden Zugänglichkeit der Justiz gerade für die weniger Wohlhabenden noch drastischer wirkt.

Auch Maciej Nowicki nennt schwerwiegende Probleme aus seiner eigenen professionellen Erfahrung mit der Justiz, darunter eine sehr hohe Genehmigungs- oder Anordnungsrate von Untersuchungshaft („Poland has got scores like Bela-

rus, 97 per cent of agreements“) und die Situation der Geflüchteten an der polnisch-belarusischen Grenze, die Folter und Misshandlungen ausgesetzt sind. Es sei auffällig, dass die Richter*innen im Kampf für die Unabhängigkeit der Gerichte einerseits eine Freiheitsrhetorik bemühten („they always say freedom, free courts, freedom, freedom, freedom“), während sie sich andererseits nicht ausreichend für Freiheit einsetzten, wenn es in ihrer Macht stehe. Aufgrund dieser Schwierigkeiten distanziert sich Nowicki vom Begriff der Wiederherstellung („restoration“) der Rechtsstaatlichkeit, „because nobody really advocates for getting back to status quo ante“.

Zwei besonders eindruckliche Narrative, in denen sich große Enttäuschungen mit dem Justizsystem ausdrückten, kamen aus einer dezidiert linksradikalen Perspektive. So argumentierte Karolina Gierdal folgendermaßen:

„We work with people who are not liked by the state, right? For example, right now we will be working with people who provide humanitarian aid for refugees. And we know what our prime minister thinks about it. He doesn't think about it well. We are still going to help tenants and people who organize blockades of evictions. They are also not liked in the great liberal order that we live in where [...] the right to property and the property of a flat is such a great thing. [...] Sometimes I think this is a more important human right for them than any other. The right to live in humane conditions is less important than the right to property. [...] I am also defending people who have established a squat on a private property. It was vacant for years. Nothing happened there. Nothing. But just the second that the owner realized that people are living there, she was like, they're going to face criminal charges for it. And I'm sure that they will be convicted. My work there will be about making their sentences the smallest possible because I do not believe that in this society where we live, where property rights are so cherished, anybody is going to be open to the idea that maybe it's immoral to have a property that could be used for so many people to actually be able to live there. And it's staying vacant because it's just, you know, a place that somebody can take profit from.“

Gierdals Erfahrungen in der Verteidigung von vulnerablen Gruppen vor Gericht haben die Überzeugung in ihr reifen lassen, dass deren Menschenrechte im Vergleich zum Recht auf Eigentum keine Bedeutung hätten. An anderer Stelle im Interview vergleicht sie ihre unterschiedlichen Erfahrungen vor Gericht und beschreibt, dass die Richter*innen ihr am ehesten als Verteidigerin in sogenannten SLAPP-Fällen⁶ zuhören, in denen die PiS-Regierung Medienvertreter*innen oder Aktivist*innen verklagt, um sie einzuschüchtern oder ihre Arbeit zu behin-

6 SLAPP steht für „strategic lawsuit against public participation“.

dem, denn „freedom of speech is very important to liberals“. Doch gerade in Bezug auf wirtschaftliche und soziale Rechte (insbesondere das Recht auf Wohnen) sowie LGBT-Rechte gibt Gierdal sich desillusioniert. Sie vertraue nicht darauf, dass das System die Vulnerablen schützt:

„I’m sure there are a lot of people who think that the rule of law protects their fundamental rights. I don’t believe so. I also think that it sometimes does, sometimes. But this is not the main point of the system, to actually protect fundamental rights. It may think and may declare that this is what it is about. But for example, when you take tenants’ rights, there were so many verdicts and judgments that actually forced people out of the buildings that they lived in for years during the reprivatization era in Poland, and they were all made in the logic of defending capital. They were all made in the logic of: the right to property is the biggest, the most important one.“

Sie kommt zu dem Schluss: „Law will not save us. It will not. It never will.“ Auf meine Frage, wie sie dann ihre eigene Rolle als Juristin versteht, antwortet sie: „A protector.“ Gemeint ist, dass sie die Leute nicht *durch* das Recht beschützt, sondern *vor* dem Recht.

Das Thema der hier genannten „Reprivatisierung“ (*reprzywatyżacja*), das heißt der (vermeintlichen) Restitution von Wohnraum an die Vorkriegseigentümer*innen beziehungsweise ihre Erb*innen in den 1990er und 2000er Jahren, kam in den Interviews immer wieder auf. Es spielt im kulturellen Gedächtnis (Assmann 1997) über die Wendezeit in Polen eine wichtige Rolle und hat einen Anteil an der Wahrnehmung, dass in einer (neo-)liberalen Demokratie Eigentumsrechte Vorrang vor allen anderen Rechten eingeräumt wird und Jurist*innen eine egoistische Elite sind. Der Verkauf von öffentlichem Wohnraum und die Restitution an Vorkriegseigentümer*innen wurde in den meisten postsozialistischen Ländern gesetzlich beschlossen. Anders als in anderen Ländern war dies jedoch in Polen lange Zeit nicht der Fall (McNaughton 2018: 432f.). Dies hängt unter anderem mit den verheerenden Zerstörungen durch den Zweiten Weltkrieg zusammen. In Warschau, das nach dem Krieg nahezu komplett in Trümmern lag, wurde 1945 das gesamte städtische Land per Dekret verstaatlicht, um den Wiederaufbau der Stadt zu ermöglichen. In der Literatur besteht Konsens darüber, dass weniger ideologische als vielmehr pragmatische Gründe dafür ausschlaggebend waren: Angesichts der Tatsache, dass die meisten Eigentümer*innen, insbesondere die jüdischen, nach dem Krieg tot, geflohen oder deportiert worden waren, wäre ein Wiederaufbau der Stadt andernfalls undenkbar gewesen (Drozda 2018: 7; Kusiak 2019: 652f.). Ab den 1990er Jahren versuchten dann manche Menschen in Ermangelung einer gesetzlichen Regelung zur Restitution, ihre Ansprüche auf unterschiedlichen juristischen Wegen geltend zu machen. Zunehmend begannen auch Geschäftsleute, Vorkriegseigentümer*innen ausfindig zu machen und

ihnen ihre Ansprüche abzukaufen oder sich einen Anspruch zu erschleichen, und wurden dabei durch korrupte Verwaltungsbeamt*innen und Richter*innen unterstützt. Die Soziologin und Aktivistin Joanna Kusiak schreibt: „Reprivatization thus became a process that, sheltered from the public in a judicial black box, partained not to democratic discussion but to legal engineering.“ (Kusiak 2019: 655) Die Stadt Warschau schätzt, dass in mindestens einem Viertel aller Fälle Immobilien an Geschäftsleute restituiert wurden, die keine persönlichen Bezüge zu den Vorkriegseigentümer*innen hatten (ebd.: 650); in den teuersten Innenstadtbereichen Warschaws betrifft dies vermutlich sogar die überwiegende Mehrheit der Grundstücke (Szpala/Zubik 2015). In der Folge von investigativen journalistischen und aktivistischen Recherchen wurden in den Jahren 2016 bis 2020 einige der skandalösesten Fälle öffentlich bekannt. Die regierende PiS reagierte darauf mit unterschiedlichen Maßnahmen wie der Einrichtung einer speziellen Untersuchungskommission, woraufhin einige der Akteur*innen vor Gericht gebracht und verurteilt wurden (McNaughton 2018: 454ff.), und verabschiedete im Jahr 2021 erstmals ein Gesetz, durch das weitere Restititionen faktisch unmöglich wurden (Notes from Poland 2021). Die breite aktivistische Mobilisierung zu diesem Thema macht sich jedoch nicht nur an einzelnen ‚illegalen‘ Fällen fest, sondern problematisiert den gesamten Prozess der juristischen Reprivatisierung, der zu einer dramatischen Gentrifizierung und einem höchst angespannten Wohnungsmarkt in Warschau geführt hat (Drozda 2018). Die gemeinnützige Organisation *Miasto Jest Nasze* (‚Die Stadt gehört uns‘) schätzt, dass etwa 55.000 Personen durch diese ‚wilde‘ Reprivatisierung verdrängt wurden.⁷

In meinen Gesprächen wurde deutlich, dass das Thema Reprivatisierung für linke Oppositionelle besonders wichtig ist und zu der vorherrschenden Wahrnehmung eines ungerechten Systems beiträgt. Das erste Mal hörte ich von Reprivatisierung im Interview mit Jan Zygmontowski, einem marxistischen Ökonomen und politischen Berater, der unter anderem den wirtschaftspolitischen Teil des Wahlprogramms der Partei *AGROunia* entwickelt hat, die innerhalb der *Koalicja Obywatelska* zu den Wahlen antrat. Er beschreibt das Thema Reprivatisierung als prägend für seine Politisierung und unterstreicht damit zugleich, warum ihn Rechtsstaatlichkeit nicht interessiert:

„About 40,000 people in Warsaw alone lost their homes. In my home here, I have two things hanging on the wall. One is the coat of arms of communist Poland, the eagle without the crown. The free eagle as I say. The other is [an image of] Jolanta Brzeska, a lady who was in her fifties. Her house was supposed to be privatized by this mafia. She formed this association, the ‚Warsaw Association of Tenants‘, and she was dragged from her home by this mafia. She was taken to one of the parks nearby War-

7 Vgl. <https://miastojestnasze.org/ustalilismy-liczbe-osob-poszkodowanych-reprywatyzacja/> [Zugriff: 01.10.2024].

saw, Las Kabacki. And she was burned alive. And the police, which were investigating it, said that it was a suicide. That [...] she just burnt herself in the forest. So, for the majority of people in Poland, I would say, the rule of law never existed. The human rights were never respected. So, I don't know why I would ever go and defend judges, lawyers. I don't care about them. [...] I think for democracy, we should start prosecuting people and we should start dismantling these institutions. We should have judges who are established by the people, not by their own hierarchic institution, which most of all defends its own interests. And it was so visible during this reprivatization issue. It was so visible, not a single lawyer was prosecuted and put to jail for obvious crime against the citizens of the city. So, for me, the rule of law doesn't exist. It was always the rule of elites over normal people. People like me, who don't own a home or are working class and who know that they will have never any kind of justice. And now, I will also not have justice. From the last flat that I was renting, my deposit was stolen from me by a lawyer who owns that house. And she has a lot of houses. And I can see that if I go to court and wage this war against her, it will be very, very uneven, and I will lose it. So, I just have to face the fact that someone stole my deposit. I think the state never defended people like me. And it doesn't now after the reforms. So, I don't care about the rule of law.“

Der mutmaßliche Mord an Jolanta Brzeska prägt den Aktivismus von Mieter*innenbewegung, linken und anarchistischen Gruppen in Warschau bis heute (Drozda 2018: 9). Ihr Abbild ist als Graffiti auf zahlreichen Hauswänden der Stadt zu finden. Dass die Täter*innen, aber auch die Anwält*innen und Richter*innen, die sich durch Reprivatisierung bereicherten, nie zur Rechenschaft gezogen wurden, wird auch in dem hier zitierten Narrativ als Beleg dafür gesehen, dass „for the majority of people in Poland [...] the rule of law never existed“. Auffällig ist außerdem, dass Zygmuntowski ebenso wie Traczyk nicht nur das Polarisierungsnarrativ bedient („the rule of elites over normal people“), sondern auch von persönlichen Erfahrungen berichtet. Während Traczyk die mangelnde Effizienz der Justiz beklagt („Ich habe zum Beispiel eine Sache am Gericht laufen, die vor drei Jahren angefangen hat. Hatte nicht mal eine Sitzung.“), ist sich Zygmuntowski allerdings sicher, dass er im Fall seiner Kautions ohnehin keine Gerechtigkeit erfahren wird. Er hat, mit anderen Worten, keinerlei Vertrauen in das liberale Versprechen der Rechtsstaatlichkeit und steht dieser offen ablehnend gegenüber.

Auch wenn dieses Narrativ radikal daherkommt, ist es mir an dieser Stelle wichtig zu betonen, dass das Verhältnis von Recht und (sozialer) Gerechtigkeit von den meisten meiner Gesprächspartner*innen als konfliktuell betrachtet wurde. Insofern bleibt in jedem Fall der Eindruck zurück, dass Rechtsstaatlichkeit nicht nur deswegen im Wahlkampf eine untergeordnete Rolle gespielt hat, weil sie als Thema zu abstrakt oder kompliziert ist. Es gibt vielmehr ein weit ver-

breitetes – und ausführlich begründetes – Misstrauen gegenüber der Justiz, weil sie für viele lediglich die Interessen der Wohlhabenden zu vertreten scheint. Die im Wahlkampf allgegenwärtige diskursive Polarisierung zwischen PiS und PO trägt zu dieser Wahrnehmung bei, aber auch in manchen der hier analysierten Interviews artikuliert sich dieses Misstrauen im Sinne einer populistischen Spaltung zwischen ‚den Eliten‘ und den ‚einfachen Leuten‘. Gesamtgesellschaftlich profitiert von dieser Wahrnehmung jedoch vor allem die Rechte, und der Linken gelingt es bisher nicht, ihr ein überzeugendes Narrativ entgegenzusetzen.

4 Menschenrechte, reproduktive Rechte, LGBT-Rechte

Bisher habe ich Rechtsstaatlichkeit vor allem als etwas besprochen, das in einem Spannungsverhältnis zu Gerechtigkeit steht. Rechtsstaatlichkeit wird als ein Thema wahrgenommen, das vor allem Gerichte und Jurist*innen angeht, die als bestenfalls dysfunktional, häufig sogar als parteilich zugunsten der Wohlhabenden angesehen werden. Somit erscheint Rechtsstaatlichkeit eher als ein Deckmäntelchen eines ungerechten Justizsystems denn als ein Prinzip, das Gerechtigkeit garantiert. Jan Zygmuntowski problematisiert das Narrativ der Proteste gegen die Justizreformen der PiS mit folgenden Worten: „It wasn’t a narrative that involved us. It was a narrative about the judges and how they should be free, how the independence of the judiciary system is so important.“ In meinen Interviews herrschte ein eher formelles Verständnis von Rechtsstaatlichkeit vor, das sich primär um die Unabhängigkeit und Freiheit von Gerichten und Richter*innen dreht. Auch jene wie Maciej Nowicki, für den es politisch ebenso wie persönlich Priorität hat, die Rechtsstaatlichkeit zu verteidigen, sahen ein Problem darin, dass Demokratie und Menschenrechte im öffentlichen Diskurs um die Krise der Rechtsstaatlichkeit so gut wie keine Rolle spielten. Um diese materielle Ebene von Rechtsstaatlichkeit wird es im Folgenden gehen, das heißt um „die Bindung politischer Macht nicht an irgendein Recht, das von genau dieser politischen Macht in Kraft gesetzt und auch geändert werden kann, sondern die Bindung an höherrangige Grund- und Menschenrechte“ (Baer 2021: 39f.).

Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit stehen in einem engen Wechselverhältnis miteinander – so sieht es die *Europäische Kommission für Demokratie durch Recht*. Als Einrichtung des Europarats berät dieses auch als *Venedig-Kommission* bekannte Gremium Staaten in verfassungsrechtlichen Fragen. In einer „Rule of Law Checklist“, die die Kommission im Jahr 2016 veröffentlichte, heißt es:

„The Rule of Law and human rights are interlinked [...]. The Rule of Law would just be an empty shell without permitting access to human rights. Vice-versa [sic], the protection and promotion of human rights are realised only through respect for the Rule of Law: a strong regime of Rule of Law

is vital to the protection of human rights. In addition, the Rule of Law and several human rights (such as fair trial and freedom of expression) overlap.“ (Europäische Kommission für Demokratie durch Recht 2016: 9)

In der Tat gestand auch Jan Zygmuntowski ein: „I prefer liberal governments to illiberal governments in the sense that they at least respect basic human rights.“ Dass sich Rechtsstaatlichkeit nicht in formaler Rechtmäßigkeit erschöpft, sondern materielle Komponenten beinhaltet, wurde in meinen Interviews am deutlichsten anhand von reproduktiven und LGBT-Rechten thematisiert. Mehrere meiner Gesprächspartner*innen nannten die Proteste gegen das Urteil des Verfassungstribunals vom 22. Oktober 2020, das den Schwangerschaftsabbruch aufgrund einer schweren Behinderung des Fetus als verfassungswidrig einstuft und Abtreibung damit praktisch vollständig verbot, als einen Wendepunkt. Dieses nicht nur aus rechtsstaatlicher Perspektive zweifelhafte Urteil (Rakowska-Trela 2020) löste mitten in der COVID-19-Pandemie beispiellose Massenproteste auf den Straßen großer ebenso wie kleinerer Städte aus. Die Demonstrierenden bedienten sich einer ungeahnt radikalen Rhetorik und genossen dennoch die Unterstützung eines Großteils der Bevölkerung (Bucholc 2022: 86f.; Chelstowska/Ignaciuk 2023). Franek Machowski sprach im Interview von einer „polnische[n] Oktoberrevolution“, deretwegen er sich entschied, Mitglied bei Razem zu werden.

Die Rechtssoziologin Marta Bucholc zeigt an diesem Beispiel die „intrinsic connection between human rights and the rule of law“ (2022: 75). Sie argumentiert, dass die Rechtsstaatlichkeit als Verfassungsprinzip zwar keinen bestimmten Inhalt des Abtreibungsrechts vorschreibe. Sehr wohl aber beinhalte sie Respekt für internationale Verpflichtungen, die das Urteil ignoriere (ebd.: 94). Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte habe in drei Fällen geurteilt, dass die polnischen Behörden den sicheren Zugang zu Abtreibungen gewährleisten müsse, worauf Polen nicht reagiert habe (ebd.: 79).⁸ Die Weigerung des Tribunals, sich mit dieser Rechtsprechung auseinanderzusetzen, komme einer Verweigerung internationaler Standards für den Schutz von Menschenrechten gleich:

„A non-obvious but direct consequence of the ruling of the Polish Constitutional Tribunal of 22 October 2020 is removing the rule of law from the international level, where the rule of law and human rights are intrinsically connected, to the national level, where they may easily be separated.“ (ebd.: 94)

8 EGMR 20.03.2007, 5410/03 (Tysi c v. Poland); EGMR 26.03.2011, 27617/04 (R.R. v. Poland); EGMR 30.10.2012, 57375/08 (P. and S. v. Poland).

Während auf der internationalen Ebene Rechtsstaatlichkeit explizit nicht nur als formale Rechtmäßigkeit verstanden werde, sondern einen engen Bezug zu Demokratie und Menschenrechten aufweise – wie es insbesondere die Position des Europarates sei –, zeige dieses Urteil auf eine fatale Weise, dass eine Trennung dieser Bereiche auf der nationalen Ebene möglich sei (ebd.).

Adam Ploszka meinte im Interview, dass das Abtreibungsurteil insofern ein zentrales Ereignis war, als nun nicht nur für Expert*innen, sondern für alle offensichtlich wurde, dass die Urteile des Verfassungsgerichts den Alltag der Menschen unmittelbar beeinflussen können. Insbesondere Karolina Gierdal – die Anwältin bei Lambda, die gegenüber dem „Sirengesang des Rechts“ (Drakopoulou 2007) eigentlich sehr skeptisch war – erwähnte zahlreiche Beispiele für die direkten Auswirkungen, die der Abbau rechtsstaatlicher Prinzipien auf ihre Arbeit und damit auf den Alltag von LGBT-Personen hatte. So sei es sehr mühsam gewesen, bei jedem Fall überlegen zu müssen, ob man es möglicherweise mit einer*m nicht unabhängigen Richter*in zu tun hat, um dann gegebenenfalls Befangenheitsanträge zu stellen.

„We could see this in the results of the cases. For example, we had this big case of Justyna Wydrzyńska, who was accused of sending a woman who was pregnant abortion pills. She was sentenced in a case regarding aiding in an abortion, which is illegal in Poland. And the judge who was presiding over the case, like a day later, she got a promotion to the higher court, which was decided by the Minister of Justice, a politician. Wow, wonder what happened there!“

Auch wurden zahlreiche Richter*innen nicht rechtmäßig ernannt, was große Probleme für die Rechtssicherheit mit sich brachte: Es war unklar, ob ein Urteil, das von einer*m dieser sogenannten Neo-Richter*innen gefällt wurde, rechtskräftig war oder nicht. In einem weiteren Beispiel, das laut Gierdal gravierende Folgen für LGBT-Personen hatte, geht es um eine rechtliche Bestimmung, die es Dienstleister*innen verbot, einer Person ihre Dienste ohne triftige Gründe zu verweigern, und die in der Praxis wie Antidiskriminierungsrecht angewendet worden sei. Nachdem der Fall einer Druckerei bekannt wurde, dessen Betreiber 2017 verurteilt worden war, weil er es einer LGBT-Organisation verweigert hatte, ihre Poster zu drucken, schaltete sich der damalige Justizminister und Generalstaatsanwalt Zbigniew Ziobro ein. Er ließ die Bestimmung vom Verfassungstribunal überprüfen, das sie für verfassungswidrig erklärte (Dziennik Gazeta Prawna 2019). Daraufhin, so erzählt Gierdal, habe Ziobro die Staatsanwaltschaft angewiesen, den Fall der Druckerei neu aufzurollen. Der zuständige Richter habe gerade kurz davor gestanden, vom Justizminister an ein höheres Gericht befördert zu werden – womit das Ergebnis klar gewesen sei. Ein Befangenheitsantrag wurde abgelehnt. „This is how the rule of law impacted LGBT rights in Poland very straightforwardly.“

Insgesamt kam es also zu einer Verschiebung: Wer im Bereich reproduktiver Rechte, LGBT-Rechte oder Menschenrechte tätig war, kam nicht mehr umhin, sich mit dem Thema Rechtsstaatlichkeit auseinanderzusetzen. Damit verschob sich in der Wahrnehmung meiner Gesprächspartner*innen auch der öffentliche Diskurs insgesamt weg von Menschenrechten und hin zu Rechtsstaatlichkeit. So beschreibt Adam Ploszka:

„To speak about different changes in the field of human rights the precondition is that you have a democratic institution working properly. [...] The priority also for the opposition and for the coalition were the changes in the judiciary, or more broadly speaking, the field of the rule of law, not the improvements or the discussion on the human rights issues. Rather, it was a side effect that the standard was lowering down, but mainly as a consequence of the changes in the judiciary. So, if you do not have free courts, it's hard to speak about freedom of speech, for example.“

Auch Maciej Nowicki schildert, dass die Rede von der Rechtsstaatlichkeit im Zuge der Justizreformen der PiS für demokratische Akteur*innen zunehmend attraktiver wurde als der Topos der Menschenrechte. Zugleich sei diese diskursive Verschiebung Ausdruck einer generellen Krise der Menschenrechte: Bezugnehmend auf den Rechtshistoriker Samuel Moyn argumentiert Nowicki, dass die Menschenrechte keine Antwort auf die zunehmende soziale Ungleichheit geben könnten, die zu den drängendsten Problemen des 21. Jahrhunderts gehöre, jedoch schlicht und ergreifend kein Anliegen der Menschenrechte sei. Moyn schreibt: „In their legalized forms, human rights do not purport to provide an egalitarian agenda. It is perfectly possible to imagine a fully achieved local and global regime of human rights protection that simultaneously features the worst hierarchy of wealth and other primary goods known to history.“ (Moyn 2014: 161) Auch wirtschaftliche und soziale Rechte sähen eher einen *minimalen* Schutz in Bereichen wie Wohnen, Gesundheit und Ernährung vor und dienten nicht einem weitergehenden Egalitarismus (ebd.: 161f.). Nowicki meint zudem, die Sprache der Menschenrechte sei verbunden mit der Individualisierung und Atomisierung der Gesellschaft. Er bezieht sich dabei beispielsweise auf einen Austausch mit Menschenrechtsverteidiger*innen aus Zentralasien, die sich für das von den Vereinten Nationen anerkannte Recht auf eine saubere und nachhaltige Umwelt einsetzen und die sich darüber beklagen, dass es an wirksamen Instrumenten mangle, die nicht Individuen, sondern Kollektive verteidigen.

Für Nowicki gibt es im Hinblick auf Rechtsstaatlichkeit – im Gegensatz zu den Menschenrechten – einen größeren gesellschaftlichen und internationalen Konsens; es handle sich schlicht um die „Spielregeln“, denen „alle“ zugestimmt hätten. Im Unterschied zu Nowicki kritisierten meine Gesprächspartner*innen Jan Zygmuntowski und Karolina Gierdal allerdings gerade die Idee der Rechtsstaatlichkeit dafür, keine Antwort auf soziale Ungleichheit zu liefern und die

Wohlhabenden zu schützen. Alle meine Gesprächspartner*innen teilen jedoch eine Gemeinsamkeit: Sie sorgen sich wegen der sozialen Ungleichheit und vermissen Konzepte gegen den neoliberalen Status quo.

5 Fazit

Das allgemeine Gut der Rechtsstaatlichkeit ist nicht nur gegenwärtig umkämpft, sondern ihre Form ist auch historisch das Produkt von gesellschaftlichen Kämpfen und Kompromissen (Pichl 2023: 13ff.). Dient Rechtsstaatlichkeit vor allem dem Schutz des Privateigentums, also der Verteidigung der Interessen der Wohlhabenden? Oder ist sie vor allem ein machtvolleres Mittel zur Einhegung der Staatsgewalt, das bisher nicht ausreichend umgesetzt ist? Beide Interpretationen finden sich in meinen Interviews; zum Teil stehen sie innerhalb ein und desselben Interviews auch nebeneinander, was die ambivalente Haltung meiner Gesprächspartner*innen deutlich macht.

Einerseits wird argumentiert, dass der liberale Rechtsstaat wieder und wieder beweist, dass er sein Versprechen nicht einlösen kann, Gerechtigkeit herzustellen. Kritisiert werden die Ineffizienz des Justizsystems, die offensichtliche Rechtlosigkeit etwa von Geflüchteten an der polnisch-belarusischen Grenze und die Privilegierung des Privateigentums gegenüber anderen Interessen, insbesondere mit Bezug auf die sogenannte Reprivatisierung von Wohneigentum. Auf die vermeintliche ‚Krise der Rechtsstaatlichkeit‘ angesprochen, zucken meine Gesprächspartner*innen mit den Schultern und berichten von ihren frustrierenden Erfahrungen mit dem Justizsystem bereits lange vor den PiS-Reformen. Der Gedanke, dass die Rechtsstaatlichkeit zu ‚verteidigen‘ sei, klingt in ihren Ohren danach, ein ohnehin marodes Justizsystem schützen zu wollen, mithin gerade jene in Schutz zu nehmen, die für zahlreiche Missstände verantwortlich sind.

Andererseits findet sich in den Interviews auch die Argumentation, dass es bei Rechtsstaatlichkeit nicht nur um Rechtmäßigkeit geht, also nicht nur um die Durchsetzung *irgendeines* Rechts, sondern um die Durchsetzung *bestimmter* Werte, nämlich höherrangiger Grund- und Menschenrechte (Baer 2021: 39f.). Wenn so argumentiert wird, weist das Thema Rechtsstaatlichkeit über das Justizsystem hinaus: Ein Angriff auf die Rechtsstaatlichkeit kommt einem Angriff auf die liberale Demokratie selbst gleich. Dies zeigt sich insbesondere an den Auseinandersetzungen um das Abtreibungsrecht in Polen: Wenn Schwangeren die ihnen laut Europäischem Gerichtshof für Menschenrechte zustehenden Rechte verweigert werden, hat das einen unmittelbaren Einfluss auf das Leben und den Alltag vieler Menschen in Polen. Im Zuge der Justizreformen der PiS wurde es aber auch insgesamt schwieriger, vulnerable Gruppen juristisch vor Diskriminierung zu schützen. Von manchen meiner Gesprächspartner*innen wurde der paradoxe Umstand beklagt, dass es immer weniger möglich schien, überhaupt von Menschenrechten zu sprechen, je mehr das Problem der Rechtsstaatlichkeit

in den Vordergrund rückte. Denn prozedurale Rechte sind eine Grundvoraussetzung, um Menschenrechte durchzusetzen. Zugleich liegt aber genau in dieser diskursiven Verschlebung die Gefahr, dass der Eindruck entsteht, es gehe in diesen Kämpfen ‚nur‘ um die bloße Rechtmäßigkeit, die Freiheit der Richter*innen, und damit um die Rechte einer wohlhabenden Elite.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass der politische Diskurs über Rechtsstaatlichkeit von diesem dialektischen Spannungsverhältnis zwischen sozialer Gerechtigkeit und Menschenrechten beherrscht wird. Doch um den autoritär-rechtsnationalen Angriffen auf das Funktionieren des demokratischen Rechtsstaats selbst zu begegnen, ist ein Begriff von Rechtsstaatlichkeit vonnöten, der sich mit dem Kampf um soziale Gerechtigkeit verbindet – das klingt in *allen* Interviews an. Dies bedeutet nicht nur, den Anspruch von Artikel 2 der polnischen Verfassung zu realisieren, dass Polen „ein demokratischer Rechtsstaat [ist], der die Grundsätze gesellschaftlicher Gerechtigkeit verwirklicht“. Ein solches emanzipatorisches Projekt hätte auch das Potenzial, die gesellschaftliche Polarisierung abzubauen.

Literaturverzeichnis

- Assmann, Jan (1997): Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen. München: C. H. Beck.
- Baer, Susanne (2021): Grund- und Menschenrechte verteidigen. Mehr als Minderheiten, Mitleid und Moral. In: Urbanik, Jakub/Bodnar, Adam (Hrsg.): *Περιμένοντας Τους Βαρβάρους*. Law in a Time of Constitutional Crisis. Studies Offered to Miroslaw Wyrzykowski. München: C. H. Beck, S. 35–46. DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748931232-35>.
- Binder, Beate (2021): Law in Action aus einer Geschlechterperspektive. Felder und Diskussionen der feministischen empirischen Rechtsforschung. In: *Feministische Studien* 39, 2, S. 202–224. DOI: <https://doi.org/10.1515/fs-2021-0028>.
- Bodnar, Adam (2018): Protection of Human Rights after the Constitutional Crisis in Poland. In: *Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart*. Neue Folge 66, S. 639–662. DOI: <https://doi.org/10.1628/joer-2018-0026>.
- Bucholc, Marta (2022): Abortion Law and Human Rights in Poland. The Closing of the Jurisprudential Horizon. In: *Hague Journal on the Rule of Law* 14, 1, S. 73–99. DOI: <https://doi.org/10.1007/s40803-022-00167-9>.
- Chelstowska, Agata/Ignaciuk, Agata (2023): Criminalization, Medicalization, and Stigmatization. Genealogies of Abortion Activism in Poland. In: *Signs: Journal of Women in Culture and Society* 48, 2, S. 423–453. DOI: <https://doi.org/10.1086/722897>.
- Drakopoulou, Maria (2007): Feminism and the Siren Call of Law. In: *Law and Critique* 18, 3, S. 331–360. DOI: <https://doi.org/10.1007/s10978-007-9019-1>.
- Drozda, Łukasz (2018): Wild Reprivatization. Property Restitution in Post-Communist Warsaw. In: *dérive* 72, 3, S. 6–10.
- Duncan, Allyson/Macy, John (2020): The Collapse of Judicial Independence in Poland. A Cautionary Tale. In: *Judicature* 104, 3, S. 41–50.

- Dziennik Gazeta Prawna (2019): Sprawa drukarza z Łodzi. TK uznał karanie za odmowę świadczenia usług za niekonstytucyjne. <https://prawo.gazetaprawna.pl/artykuly/1419218,tk-o-sprawie-drukacza-z-lodzi-karanie-za-odmowe-swiadczenia-uslug.html>. [Zugriff: 26.06.2024].
- Europäische Kommission für Demokratie durch Recht (2016): Rule of Law Checklist, Study No. 711/2013, CDL-AD(2016)007. [https://www.venice.coe.int/webforms/documents/?pdf=CDL-AD\(2016\)007-e](https://www.venice.coe.int/webforms/documents/?pdf=CDL-AD(2016)007-e). [Zugriff: 08.07.2024].
- Fomina, Joanna/Kucharczyk, Jacek (2016): The Specter Haunting Europe. Populism and Protest in Poland. In: *Journal of Democracy* 27, 4, S. 58–68. DOI: <https://doi.org/10.1353/jod.2016.0062>.
- Grabowska-Moroz, Barbara/Śniadach, Olga (2021): The Role of Civil Society in Protecting Judicial Independence in Times of Rule of Law Backsliding in Poland. In: *Utrecht Law Review* 17, 2, S. 56–69. DOI: <https://doi.org/10.36633/ulr.673>.
- Hark, Sabine/Jaeggi, Rahel/Kerner, Ina/Meißner, Hanna/Saar, Martin (2015): Das umkämpfte Allgemeine und das neue Gemeinsame. Solidarität ohne Identität. In: *Feministische Studien* 33, 1, S. 99–103. DOI: <https://doi.org/10.1515/fs-2015-0111>.
- Kusiak, Joanna (2019): Legal Technologies of Primitive Accumulation. Judicial Robbery and Dispossession by Restitution in Warsaw. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 43, 4, S. 649–665. DOI: <https://doi.org/10.1111/1468-2427.12827>.
- Majcherek, Janusz A. (2023): Die innenpolitische Situation vor den Parlamentswahlen im Herbst. In: *Polen-Analysen* 313, S. 2–6. DOI: <https://doi.org/10.31205/PA.313.01>.
- McNaughton, Katarzyna J. (2018): The Problem of Property Reprivatization in Warsaw. In: *Loyola of Los Angeles International and Comparative Law Review* 41, 3, S. 431–467.
- Moyn, Samuel (2014): A Powerless Companion. Human Rights in the Age of Neoliberalism. In: *Law and Contemporary Problems* 77, 4, S. 147–169.
- Notes from Poland (2021): Poland’s New Restitution Law Explained. <https://notesfrompoland.com/2021/08/30/polands-new-restitution-law-explained/>. [Zugriff: 26.06.2024].
- Peters, Florian (2023): Von Solidarność zur Schocktherapie. Wie der Kapitalismus nach Polen kam. *Studien zur Geschichte der Treuhandanstalt*, Band 7. Berlin: Ch. Links Verlag.
- Pichl, Maximilian (2021): *Rechtskämpfe: Eine Analyse der Rechtsverfahren nach dem Sommer der Migration*. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Pichl, Maximilian (2023): Kämpfe um den Rechtsstaat. Eine historisch-materialistische Perspektive. In: *ZPTH – Zeitschrift für Politische Theorie* 14, 1, S. 9–30. DOI: <https://doi.org/10.3224/zpth.v14i1.02>.
- Rakowska-Trela, Anna (2020): A Dubious Judgment by a Dubious Court. The Abortion Judgment by the Polish Constitutional Tribunal. Blogbeitrag vom 20.10.2020. In: *Verfassungsblog*. <https://verfassungsblog.de/a-dubious-judgment-by-a-dubious-court/>. [Zugriff: 26.06.2024].
- Sendhardt, Bastian (2023): *Wahlrecht und Wahlsystem*. <https://www.deutsches-polen-institut.de/blogpodcast/blog/wahlrecht-und-wahlsystem/>. [Zugriff: 03.07.2024].
- Szpala, Iwona/Zubik, Małgorzata (2015): *Warszawiacy: nasze miasto roszczeniami podzielone*. <https://wyborcza.pl/7,87648,17382870,warszawiacy-nasze-miasto-roszczeniami-podzielone-cykl-wyborczej.html>. [Zugriff: 26.06.2024].
- Winczorek, Jan/Muszyński, Karol (2022): The Access to Justice Gap and the Rule of Law Crisis in Poland. In: *Zeitschrift für Rechtssoziologie* 42, 1, S. 5–42. DOI: <https://doi.org/10.1515/zfrs-2022-0002>.

Autor*innen

Patrick Wielowiejski ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Europäische Ethnologie der Humboldt-Universität zu Berlin und war Koordinator der Forschungsgruppe. Seine Forschungsschwerpunkte sind Politik- und Rechtsanthropologie, Gender und Queer Studies sowie die Anthropologie der äußersten Rechten. Seine Dissertation mit dem Titel *Rechtspopulismus und Homosexualität. Eine Ethnografie der Feindschaft* ist im September 2024 im Campus Verlag erschienen und wurde mit dem Humboldt-Preis 2024 ausgezeichnet.  0000-0003-4335-2279